

«to many salesmen and to less statesmen»



Es ist wohl etwas mutig, etwas zu Griechenland zu schreiben. Die Situation ändert sich ja fast minütlich. Wie bei einem Tennisfinale in einem überlangen fünften Satz. Nur dass es hier um das Schicksal von Millionen Menschen geht. Ich habe ja noch nie wirklich verstanden, was diese Austeritätspolitik eigentlich soll: Wie soll man eine Volkswirtschaft nachhaltig sanieren und wieder in Schwung bringen, wenn man grosse Teile der Bevölkerung plündert. Statt Renten und Stipendien zu kürzen und Arbeitslosigkeit zu verursachen, wären die Gelder statt zur blossen Entschuldung für Investitionen in künftiges Wachstum hoch willkommen gewesen. So wurden mit öffentlichen europäischen Geldern im überwiegenden Umfang die eigenen Banken gesund gehalten. Auf dem Buckel aller Steuerzahler und des griechischen Volkes. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, wurde Syriza gewählt. Wenn nun Alexis Tsipras als Notausgang ein Referendum ansetzt und dem Volk eine Ablehnung der Vorlage empfiehlt, ist das aus eidgenössischer Sicht ein gar wunderlicher Vorgang. Was bleibt ihm aber anderes übrig? Und doch sollte es den potentesten Wirtschaftskräften doch möglich sein, eine politische Lösung für Griechenland zu finden. Wenn Europa daran scheitert, dann scheitert es weiter. Aber, wie Martin Schulz

Grosse Empörung über die Fifa. Und leise Weigerung der Bürgerlichen, Korruption unter Privaten strafbar zu machen.

einmal treffend bemerkt hat: Es sind in Europa wohl «to many salesmen and to less statesmen» am Werke. Das war auch schon anders, sagt Helmut Schmidt und er hat Recht. Nicht ganz so dramatisch ging es in der Sommersession zu und her. Dafür waren gewisse Fragestellungen etwas schwierig, ein Fürundwider (etwa bei den Transportflugzeugen) und Hinundher (zwischen National- und Ständerat). Es gab die klassischen Abstimmungen, wo auf der elektronischen Anzeige ein rotes und ein grünes Kuchenstück resultiert, es gab wilde Durcheinander (Bild Konfetti) und unheilige Allianzen. Die Konfetti ergaben sich beim Ressourcenausgleich (Geberkantone vs. Nehmerkantone). Unheimelig wars bei der Armee, deren Weiterentwicklung von Links zusammen mit der SVP gekippt wurde. Ähnlich beim Büpfi – dem Überwachungs-gesetz, wo zumindest eine Mehrheit von uns zusammen mit vielen SVPLern ablehnten. – Jenen SVPLern die zuvor das weit problematischere Nachrichtendienstgesetz durchgewunken hatten. Könnte es sein, dass es manchmal darauf ankommt, wer die Vorlage bringt? Maurer oder Sommaruga? Ach, und da waren ja auch noch diese Verhaftungen alter Männer im Baur au Lac. Grosse Empörung über die Fifa. Und leise Weigerung der Bürgerlichen, Korruption unter Privaten strafbar zu machen. Und schliesslich ein bundesrätlicher Strategiewechsel in der Europafrage. Wenigstens hat er kein Referendum mit einer «Nein»-Empfehlung angekündigt. Zeit also für eine Sommerpause. Und dann umso mehr Zeit für einen engagierten Wahlkampf.

Martin Naef
Nationalrat SP, Zürich

Front gegen Syriza



Niemand kann heute sagen, wie es in Griechenland weiter gehen wird. Sicher ist nur: In der Eurozone gibt es eine entschlossene Front mit dem einzigen Ziel, Syriza wegzubekommen. So sehr es Nuancen gibt: Letztlich ist sich das christ-sozial-demokratische Euroland in seiner Ablehnung eines Schuldenschnittes und am Festhalten einer wirtschaftlich schädlichen und sozial verantwortungslosen Sparpolitik einig. Wer die Bundestagsdebatte vom Mittwoch verfolgt hat, staunt, wie wenig sich Sigmar Gabriel und Wolfgang Schäuble in ihrem Anti-Syriza-Bashing unterscheiden. Mit Erschrecken musste man in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen, dass bei den Hauptplayern der «Institutionen» und der Euro-Gruppe die Syriza Regierung, eine vom Volk gewählte Regierung, zum offenen Feind geworden ist. Diese trat mit dem erklärten Ziel an, die Logik des Spardiktates zu durchbrechen; nur hierfür wurde sie gewählt. Denn das anhaltende Austeritätsdiktat hat das griechische Volk ins Elend geführt und einen wirtschaftlichen Aufschwung abgewürgt. Griechenland befindet sich am Rande einer humanitären Katastrophe. Nun ist erstmals eine Regierung an der Macht, die mit der Klientelpolitik ihrer Vorgänger und deren absurden Steuerpolitik nichts zu tun hat. Ihr nun nach nicht einmal einem halben Jahr vorzuwerfen, sie habe nichts zu ändern vermocht, erscheint als geradezu absurd. Bisher ging es der Eurogruppe und der Troika um die Rettung der Banken vor allem in Deutschland

und Frankreich. Inzwischen hat sich die Angst vor einem Flächenbrand sichtlich vermindert. Vom bislang gesprochenen Geld sah das griechische Volk keinen Rappen. Jeder halbwegs rational argumentierende Ökonom anerkennt, dass die Rückzahlung der Schulden bare Illusion ist. Aber diese Illusion wird aufrecht erhalten, um die politische Disziplinierung durchzuziehen. Vor allem soll verhindert werden, dass eine ausserhalb des EU-Kernkonsenses stehende linke Partei sich durchsetzen kann, nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen in Spanien. Ob Tsipras mit seiner überraschenden Ankündigung eines Referendums seinem eigenen Ende ungewollt Vorschub geleistet hat, wird sich zeigen. Dann nämlich, wenn das als Abstimmung über die Sparauflagen gedachte Referendum zu einem Ja führt. Dies kann sein, denn sowohl EU-Kommissionspräsident Juncker als auch Kanzlerin Merkel sind längst dran, dass Referendum zu einem Plebiszit über den Verbleib im Euro umzufunktionieren. Und eine Mehrheit der Griechen will nicht aus dem Euro austreten. Tsipras will den Grexit ebenfalls nicht. Aber er erhofft sich vom Nein zum Spardiktat eine bessere Ausgangslage für kommende Verhandlungen. Klar ist: Im Euroland schätzt man den Grexit als verkräftbar ein, auch in der EZB. Für Griechenland wäre er verheerend. Eine bessere Entwicklung ist aber auch mit dem Euro nicht in Sicht, findet kein Bruch mit dem bisherigen Kurs statt. Darin liegt die Fatalität: Mangelnder Abwertungsspielraum ist der Euro für Griechenland tödlich, ein Austritt ohne Abfederung würde aber dornenreich. In der EU wird Griechenland unabhängig davon bleiben, ein Ausscheiden werden die USA, auf die immer mehr EU-Länder hören, nicht zulassen.

Daniel Vischer
Nationalrat Grüne, Zürich